

Freie Wohlfahrtspflege NRW

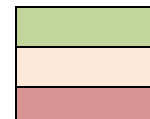
Realisierung der Positionen und Forderungen der LAG FW NRW im Koalitionsvertrag CDU, CSU und SPD „Verantwortung für Deutschland“

Position / Forderung der LAG FW NRW...

...lässt sich im Vertrag finden

...lässt sich nicht explizit finden, aber die Zielrichtung ist erkennbar

...wird nicht erfüllt oder kommt thematisch nicht vor



Inhalt

Stelle

Neue Grundsicherung und Mindestlohn

Verschärfungen der Mitwirkungspflichten und Sanktionsmöglichkeiten	512
Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro (Zielmarke 2026)	551

Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik

Stabile Finanzierung der Jobcenter	503
Auflösung der Deckungsfähigkeit zwischen Verwaltungstitel und Eingliederungstitel	
Gesetzliche Verankerung des Aktiv-Passiv-Transfers	511
Förderung Sozialer Betriebe	
Bessere und schnellere Zugänge für Geflüchtete in Arbeit	437
Ausbau von Berufssprachkursen	2415
Förderung der Berufstätigkeit von Frauen	407
Aufstiegs-BAföG für Fachschulen und Berufskollegs der Freien Wohlfahrtspflege	
Notwendige Zertifizierung nach der Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung von Fachschulen und Berufskollegs der Freien Wohlfahrtspflege wird nicht abgeschafft, aber: das System soll vereinfacht werden	536
Flächendeckende Ausbildungsgarantie	

Pflege

Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige sind nicht enthalten, aber pflegende Angehörige sollen unterstützt werden	
Gesetz zur Pflegeassistenz soll auf den Weg gebracht werden und Umsetzung des Pflegekompetenzgesetzes	3488
Finanzierung der Ausbildungskosten über Steuermittel wird nicht angekündigt, aber eine Überprüfung der Ausbildungsumlage	3485
Refinanzierung von Pflegeschulen und Klimaanpassungen	
Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen	426
Reform der Pflegeversicherung	3464
Umsetzung des Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz und Ausbau von Gesundheitskiosken werden nicht als Ziele benannt, aber die Stärkung der Prävention	3363

Teilhabe von Menschen mit Behinderung

Weiterentwicklung des Bundesteilhabegesetzes	644
Personenzentrierte Leistungserbringung, es sollen Pauschalierungen geprüft werden	673
Verschlinkung von Bürokratie	672
Digitalisierung in der Eingliederungshilfe	
Verbesserung der Fach- und Arbeitskräftesituation	
Erhalt der ausgewogenen Regelungen im Vertragsrecht	
Erhalt des Vereinbarungsprinzips	
Mietkosten in Besonderen Wohnformen	

Suchthilfe

Konsequente Weiterentwicklung des Cannabisgesetzes mit klarem Fokus auf Gesundheits- und Verbraucherschutz wird nicht geplant, aber eine Evaluation des Gesetzes	2857
Suchtprävention, -hilfe und Substitutionsmedizin	3583

Migration

Auskömmliche Finanzierung der Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte	3056
Angebot und Refinanzierung von Integrationskursen	3059
An den Menschenrechten orientierte humane Flüchtlingspolitik	
Fortführung von Aufnahmeprogrammen	2972
Ausbau und Sicherung der Asylverfahrensberatung werden nicht angekündigt, aber eine ergebnisoffene Evaluation.	3094
Finanzielle Aufstockung von Psychosozialen Zentren wird nicht angekündigt, aber die Unterstützung von Psychosozialen Zentren	3338
Zurückweisung an den Grenzen sollte nicht möglich sein.	2988
GEAS-Reformen gilt es, ins deutsche Recht umzusetzen.	3004
Der „Amtsermittlungsgrundsatz“ soll erhalten bleiben und nicht durch den „Beibringungsgrundsatz“ ersetzt werden.	3091
Die Liste der sicheren Herkunftsstaaten soll nicht erweitert werden.	2995
Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten darf nicht ausgesetzt werden.	2975
Die flächendeckende Einführung der Bezahlkarte ist abzulehnen.	523
Einführung der Sprachkitas	3059
Ausweitung des Startchancenprogramms	3060

Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern

Bundesgesetzliche Finanzregelungen müssen die Länder und die Kommunen in die Lage versetzen, eine auskömmliche und verlässliche Finanzierung der Arbeit von Trägern zu gewährleisten / neuer Lastenausgleich	3110
Gleiche Qualität für alle Kinder (Qualitätsentwicklungsgesetz soll eingeführt werden)	3115
Mittel für Kooperationen der Kitas	
Förderung der Fachkräftegewinnung	3120
Digitalisierte Kita	
Vereinheitlichung im Ganztage („Der Rechtsanspruch soll deutschlandweit mit einer Qualitätsentwicklung perspektivisch verbunden sein.“)	3131

Unterstützung von Familien

Familienbildung wird nicht fest im Katalog der Leistungen für Bildung und Teilhabe verankert, aber in Familienbildung soll investiert werden)	3204
Stärkung der Weiterbildung von Fachkräften in der Familienbildung	
Ausbau des Programms ElternChancen	
Stärkung der Familien- und Erziehungsberatung	
Erhöhung der Mittel für die Bundesstiftung Frühe Hilfen	3147

Inklusive Kinder- und Jugendhilfe

Umsetzung der dritten Reformstufe des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes im Sinne der Kinder und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen wird nicht erwähnt, aber die Ziele der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe sollen weiterverfolgt werden	3214
Klare Finanzierungsregelungen und Vermeidung von Leistungseinschränkungen	
Regelungen klarer Schnittstellen	3214

Schutz vor Gewalt

Umsetzung der Istanbul-Konvention und des Gewalthilfegesetzes	3269
Finanzielle Absicherung für Fachberatungsstellen und Frauenhäuser wird nicht angekündigt, aber Stärkung von Schutzmaßnahmen für betroffene Frauen	3268
Bei Frauen, die von Gewalt betroffen sind, sollte die Ehebestandszeit bei der Erteilung des Aufenthaltstitels abgeschafft werden	
Bei Frauen, die von Gewalt betroffen sind, wird die Wohnsitzauflage nicht abgeschafft, es sollen aber Erleichterungen geschaffen werden)	3068
Schutz bei digitaler Gewalt von Frauen wird nicht explizit erwähnt, aber ein Digitales Gewaltschutzgesetz	2936
Ausbau der Täterarbeit	3272
Gewaltschutz als Querschnittsaufgabe	

Recht auf sexuelle und reproduktive Gesundheit

Einsatz für sexuelle Bildung	
Kostenloser Zugang zu Verhütungsmitteln wird nicht angekündigt, soll aber geprüft werden	3260
Erhöhung der Förderung von Schwangerschafts- und Schwangerschafts(konflikt)beratungsstellen	3253

Freiwilligendienste

Rechtanspruch auf Förderung im Freiwilligendienst	3326
Verlässliche und auskömmliche Finanzierung werden nicht angekündigt, aber es sollen Verbesserungen herbeigeführt werden	3330
Stärkung des Freiwilligendienstes	3326